

## 3.4. Die Logik der Selektion

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik  
in Europa und Australien  
Adèle Garnier

Die Aufnahme erwünschter Einwanderer und Flüchtlinge auf der einen und die Ablehnung und Ausweisung unerwünschter Migranten auf der anderen Seite dominieren die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik vieler Regierungen. Als besonders erfolgreich gilt die australische Anwendung dieser Selektionslogik: Europa eifert ihr nach. Die Autorin analysiert die von innenpolitischen und außenpolitischen Erwägungen geprägten Auswahlkriterien und Selektionsmechanismen.

Einer in Australien weitverbreiteten Einschätzung zufolge basiert der Erfolg der australischen Einwanderungspolitik auf der Fähigkeit des Landes, erwünschte Migranten anzuziehen und Unerwünschte auszuschließen. Tatsächlich fußt Australiens Einwanderungspolitik auf der *Selektion* von Einwanderern. Wie ich im ersten Teil dieses Artikels zeigen werde, liegen dieser Selektion keine einheitlichen Kriterien zugrunde. Während Selektion in der Einwanderungspolitik seit dem Ende der sogenannten *White Australia Policy* primär von innenpolitischen Faktoren beeinflusst wird, ist die Selektivität der australischen Flüchtlingspolitik im Wandel begriffen. Die Gestaltung einer spezifischen Flüchtlingspolitik in den 1970er Jahren, die aus der Übersiedlung von politisch Verfolgten bestand, wurde sowohl von außenpolitischen als auch von humanitären Kriterien geprägt. Der Einfluss innenpolitischer Aspekte auf die Flüchtlingspolitik wurde erst signifikant, als die Rolle des Asyls in Australien an Bedeutung gewann.

Auch in Europa steht der Wunsch nach einwanderungspolitischer Selektion zurzeit hoch im Kurs. Im zweiten Teil meines Aufsatzes werde ich die Einführung solcher Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene diskutieren, die australischen Instrumenten ähneln und einer Politik der Selektion förderlich sein sollen. Sowohl in der allgemeinen Einwanderungs- als auch in der Flüchtlingspolitik prägen innenpolitische bzw. intraeuropäische Debatten die Politikgestaltung. Abschließend werde ich die Dominanz dieser Selektionslogik in der Flüchtlingspolitik kritisch reflektieren.



Dipl.-Pol. Adèle Garnier,  
geb. 1979, Doktorandin  
der Politikwissenschaft,  
Universität Leipzig / Mac-  
quarie University (Sydney).  
garnier@uni-leipzig.de

## Australiens Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

Einwanderungspolitische Selektivität charakterisiert den australischen Staat seit dessen Anfängen und wird von der geographischen Isolation Australiens begünstigt. 1901, im Jahr der Gründung des *Australian Commonwealth*, trat der *Immigration Restriction Act* in Kraft, dessen Ziel es war, nicht-europäische Einwanderung zu unterbinden. Damit begann die *White Australia Policy*. Bis zum Ende dieser Politik und insbesondere nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs wurde europäische Einwanderung gefördert, die die Wirtschaftsentwicklung und militärische Stärke der ehemaligen britischen Kolonie in einer als feindlich wahrgenommenen Region gewährleisten sollte. Das offizielle Ende der *White Australia Policy* 1973 bedeutete allerdings nicht das Ende der einwanderungspolitischen Selektivität, sondern vielmehr deren globale Erweiterung.

Seit 1945 wird Australiens formales Einwanderungsprogramm von einem Einwanderungsministerium koordiniert. Jährlich werden Einwanderungsquoten festgelegt, die vorgeben, wie viele und welche Migranten das Recht erhalten, permanent nach Australien einwandern zu dürfen. Vornehmlich sind dies Wirtschafts- und Familienmigranten. 2008/09 wurde beispielsweise geplant, 171.800 Wirtschafts- und Familienmigranten den Zutritt zum Land zu gewähren, 171.318 Visa wurden erteilt (DIAC 2009, S. 34 f). Zugleich nimmt der Umfang der zeitlich begrenzten Einwanderung, die hauptsächlich auf Studenten und Facharbeiter zurückzuführen ist, zu.<sup>1</sup> Diese Zunahme temporärer Einwanderung ist ein Indikator dafür, dass die Wirtschaftlichkeit der Einwanderung immer deutlicher im Vordergrund steht. Insbesondere die konservative Regierung John Howards (1996-2007) betonte die Bedeutung wirtschaftspolitischer Faktoren für die Ausrichtung der Einwanderungspolitik. Unter seiner Regierung erlebte das Land eine lange Phase wirtschaftlicher Expansion, die zum Anstieg der permanenten Einwanderungsquote führte, wobei Wirtschaftsmigration viel stärker als

1 „In June 2007, the combined total of residents with visas granted in the Business Long Stay, Study and Working Holiday Makers categories, together with New Zealanders in work, was over 800.000. The number of temporary visas with work entitlements issued in a twelve-months cycle, together with arrivals from New Zealand, exceeds by a margin of almost three to one the number of permanent immigration permits issued over the twelve-months cycle ... Of the labour force of 11 million, the various categories of residents without permanent settlement but with work rights constitute some 7.5 per cent of the total!“ (Markus u. a. 2009, S. 10 f).

Familienmigration gefördert wurde. Trotz globaler Wirtschaftskrise befürwortet auch die gegenwärtige Labor-Regierung Kevin Rudds auf lange Sicht Einwanderung, die zur nationalen Sicherheit und Wohlfahrt beitragen soll (Rudd 2009). Entgegen der ursprünglichen Planung der Labor-Regierung wurden die Einwanderungsquoten für permanente Wirtschaftsmigranten für 2008/2009 und 2009/2010 allerdings kurzfristig reduziert (Markus u. a. 2009, S. xi ff.).

Neben dem allgemeinen Einwanderungsprogramm für permanente Migranten wird seit den 1970er Jahren jährlich eine spezifisch humanitäre Quote festgelegt, die vorsieht, wie viele schutzbedürftige Einwanderer in Australien aufgenommen werden sollen.<sup>2</sup> Diese Etablierung einer formalen Flüchtlingspolitik folgte der Beteiligung Australiens an der Übersiedlung vietnamesischer Flüchtlinge, die aus ihrem Herkunftsland geflohen waren, sowie Australiens Ratifizierung des Protokolls der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), die dessen Wirkungsbereich auf die ganze Welt erweiterte.<sup>3</sup> Die USA, das UN-Flüchtlingswerk UNHCR sowie einige asiatische Länder, die Hunderttausende fliehender Vietnamesen aufnahmen, übten Druck auf die australische Regierung aus, vietnamesische Flüchtlinge ebenfalls aufzunehmen (Viviani 1984). Somit bestimmte eine außenpolitische und humanitäre Agenda die Etablierung der australischen Flüchtlingspolitik. Organisatorisch besteht diese aus einer *Refugee-Resettlement*-Sparte sowie einer Asylsparte. Im Rahmen des *Refugee-Resettlement*-Programms werden Schutzbedürftige nach Australien übersiedelt, nachdem deren Schutzbedürftigkeit jenseits der australischen Grenze anerkannt wurde. Mittels *Refugee Resettlement* werden sowohl Flüchtlinge nach den Kriterien der GFK aufgenommen,<sup>4</sup> die oftmals in Flüchtlingslagern ausharren, als auch weitere Schutzbedürftige, etwa Verfolgte, die sich noch

- 2 Vor der Festlegung einer humanitären Quote hatte Australien nach dem Zweiten Weltkrieg Hunderttausende Flüchtlinge aus Europa aufgenommen, die formal als Wirtschaftsmigranten einwanderten (Neumann 2004).
- 3 Die GFK von 1951 beschränkte sich auf den Schutz europäischer Flüchtlinge infolge des Zweiten Weltkriegs. Deren Wirkungsbereich wurde mittels eines Protokolls 1967 auf die ganze Welt erweitert. Australien ratifizierte die Genfer Konvention und dessen Protokoll 1954 bzw. 1973, jenes nach dem Ende der *White Australia Policy*.
- 4 Um als Flüchtling nach Art. 1 der GFK anerkannt zu werden, soll eine Person, die Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung befürchtet, sich außerhalb ihres Herkunftslandes befinden und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können.

in ihren Herkunftsländern befinden. Die Schutzbedürftigkeit dieser Personen wird oft vom UNHCR festgestellt. Mit Blick auf die globale Flüchtlingslage machen verschiedene Nichtregierungsorganisationen sowie das UNHCR der australischen Regierung Empfehlungen zur Höhe und Zusammenstellung der *Resettlement*-Quote. Jedoch werden schließlich sowohl diese Quote als auch die Auswahl der individuellen Schutzbedürftigen vor Ort von der australischen Einwanderungsbürokratie bestimmt. Die Asylsparte der australischen Flüchtlingspolitik betrifft Menschen, die das australische Territorium erreichen, bevor ihr Schutzbedarf anerkannt wurde. Diese stellen erst in Australien einen Antrag darauf, als Flüchtlinge nach den Kriterien der GFK anerkannt zu werden, also einen Asylantrag. Der Antrag wird von australischen Instanzen geprüft. Die *Resettlement*-Sparte stellt das Gros des humanitären Einwanderungsprogramms dar. 2007/2008 wurden 13.014 Visa für schutzbedürftige Migranten erteilt, davon 10.988 im Rahmen der *Resettlement*-Sparte (RCOA 2009, S. 21). Seit Anfang der 1990er Jahre und trotz Schwankungen der globalen Zahl an Schutzbedürftigen wurde die Höhe der humanitären Einwanderungsquote Australiens nicht wesentlich verändert und jährlich ca. 13.000 Visa beträgt.

Während das *Refugee-Resettlement*-Programm der Selektionslogik der allgemeinen Einwanderungspolitik folgt, da anerkannte Schutzbedürftige vor ihrer Ankunft in Australien ausgewählt werden, widerspricht das Asyl dieser Logik. Die potenziellen Flüchtlinge befinden sich vor der Entscheidung ihres Asylantrags auf australischem Territorium. Falls sie die australische Grenze illegal überquert haben, können sie vor der endgültigen Klärung ihres Einwanderungsstatus nicht ausgewiesen werden.<sup>5</sup> Dieses Zurückweisungsverbot sowie die Tatsache, dass die Anzahl der Asylbewerber ohne Zutrittslaubnis in Australien bis heute gering geblieben ist – höchstens einige Tausend Menschen im Jahr – verhinderte nicht, dass das Recht auf Asyl sehr restriktiv gehandhabt wurde. Insbesondere die *Boat People*, die seit den 1970er Jahren um Asyl baten, wurden seit Anfang der 1990er Jahre als Gefahr für die Integrität der australischen Einwanderungspolitik wahrgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, auf eigene Initiative nach Australien zu

5 Artikel 35 der GFK untersagt die Zurückweisung von Flüchtlingen in einen Verfolgerstaat (Prinzip des *Non-Refoulement*).

kommen und um Asyl zu bitten (*Self-Selection*), und damit die „Schlange“ der humanitären Migranten zu überspringen, die geduldig in Flüchtlingslagern auf ihre Übersiedlung warten (*Queue-Jumping*). Ab Anfang der 1990er Jahre wurden daher nicht dokumentierte Asylbewerber zwangsweise inhaftiert. Dem *Queue-Jumping*-Argument wurde unter der konservativen Howard-Regierung 1996 eine bürokratische Basis gegeben, als entschieden wurde, die Quote der Flüchtlinge aus dem *Resettlement*-Programm mit der Zahl der in Australien anerkannten Flüchtlinge zu fusionieren. Asyl wurde somit in die planerische Logik der einwanderungspolitischen Selektion integriert. Stieg die Anzahl der Asylbewerber, die in Australien Flüchtlingsstatus bekamen, nahm automatisch die Zahl der übergesiedelten Flüchtlinge ab, um insgesamt die humanitäre Einwanderungsquote nicht zu überschreiten. Durch diese Reform schaffte die australische Einwanderungsbürokratie ihre eigene „Flüchtlingschlange“ (Nicholls 1998). Dieser Selektionsgedanke wurde im Rahmen der sogenannten *Pacific Solution* weiterentwickelt. Im August 2001 wurden vorgelagerte Inseln per Gesetz aus der Einwanderungszone Australiens herausgestrichen. Dies machte eine Antragstellung auf Asyl in dieser Zone unmöglich. Menschen, die in dieser *Excised Zone* um Asyl baten, wurden in Drittstaaten gebracht und ihre Asylanträge dort geprüft. Wurde ihre Schutzbedürftigkeit festgestellt, hatten sie nun keinen automatischen Anspruch, in Australien als Flüchtlinge aufgenommen zu werden (Taylor 2005). Die meisten dieser Asylbewerber – einige Tausend – wurden allerdings als Flüchtlinge anerkannt und anschließend nach Australien übergesiedelt. 2007 wurde die gescheiterte und sehr kostspielige *Pacific Solution* von Kevin Rudds Labor-Regierung beendet. Allerdings ging damit keine weitreichende Änderung der Politik einher. Zum einen wurde die Grenzkooperation in der Region verstärkt, um die Ankunft von Bootsflüchtlingen zu erschweren. Zum anderen wird weiterhin die Anerkennung von Flüchtlingen in Australien als Teil der jährlichen Flüchtlingsaufnahme betrachtet, während eine dauerhafte Anpassung der Höhe der *Resettlement*-Quote an die globale Flüchtlingslage politisch nicht diskutiert wird. Seit zwei Jahrzehnten dominieren innenpolitische Faktoren die Ausrichtung der australischen Flüchtlingspolitik, deren Selektionslogik somit die des allgemeinen Einwanderungsprogramms reproduziert.


## Europas Blick auf Australien

Australiens Modell einwanderungspolitischer Selektion wird in Europa immer populärer. Sowohl die nicht geplante Niederlassung der ehemaligen „Gastarbeiter“ seit den 1970er Jahren als auch der stetige Strom irregulärer Einwanderer und Asylbewerber werden von den Regierungen und europäischen Institutionen zunehmend problematisiert. Der Bedarf nach strikten Kontrollen, insbesondere an den territorialen Grenzen der Europäischen Union, sowie die Notwendigkeit, Anreize für erwünschte Migranten zu schaffen, werden betont. Sowohl einzelne europäische Länder als auch europäische Institutionen haben Instrumente geplant und eingeführt, die einwanderungspolitische Selektivität verstärken sollen. Beispielsweise entwickelte der damalige französische Innenminister und gegenwärtige Staatspräsident Nicolas Sarkozy 2005 die Vision einer *Immigration choisie*, einer ausgewählten Einwanderung, die das französische Einwanderungs- und Integrationsgesetz von 2006 geprägt hat (Sarkozy 2005). Die britische Einwanderungspolitik wurde ab 2005 „nach australischem Modell“ reorganisiert (Home Office 2005). Und 2007 lancierte der EU-Kommissar für Justiz und Inneres, Franco Frattini, die Idee einer sogenannten *Bluecard* für gewollte Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten (Frattini 2007). Im Bereich der humanitären Migration wird der Wunsch nach einwanderungspolitischer Selektion in der gleichzeitigen Befürwortung immer strengerer Grenzkontrollen und der zunehmenden Unterstützung einer europäischen *Refugee Resettlement Policy* besonders deutlich. Einen ersten konkreten Schritt in Richtung eines europäischen Engagements zugunsten der Umsiedlung von Flüchtlingen unternahm die EU-Regierungen, als der Europäische Rat Ende 2008 entschied, 10.000 irakische Flüchtlinge aus Staaten des Nahen Ostens ad hoc in die EU aufzunehmen (CEU 2008). Im September 2009 verabschiedete die EU-Kommission ihre erste Mitteilung, die ausschließlich diesem Thema gewidmet war (CEU 2009). *Refugee Resettlement* ist Teil des fünfjährigen Stockholmer Programms zur EU-Migrationspolitik, das im Dezember 2009 die Nachfolge des Haager Programms antrat.

Während in Australien die Entwicklung der *Resettlement Policy* in den 1970er Jahren stark von außenpolitischen und humanitären Faktoren beeinflusst wurde, spielt Innenpolitik in der

europäischen *Refugee-Resettlement*-Diskussion seit deren Anfängen eine große Rolle. Die Übersiedlung von Flüchtlingen wurde im Kontext der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre zum europäischen Thema. Zu dieser Zeit wurde selektive Einwanderungspolitik in Europa kaum diskutiert, während die Anzahl der Asylanträge seit dem Anfang der 1980er Jahre stark zugenommen hatte. Aus verschiedenen europäischen Staaten wurde berichtet, dass temporär umgesiedelte Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo von der Bevölkerung eher akzeptiert wurden als spontane Asylsuchende (vgl. Gibney 1999). Insbesondere die britische Regierung befürwortete in der ersten Hälfte der 2000er Jahre die Entwicklung einer europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik, die auf der Selektion der Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion basierte. *Refugee Resettlement* fungierte in den britischen Vorschlägen als Ersatz für die Asylanerkennung in der EU (vgl. UK Government 2003). Die britische Labor-Regierung Tony Blairs veröffentlichte ihre „New Visions for Refugees“, als sie innenpolitisch mit den Defiziten der eigenen Asylpolitik konfrontiert wurde, die 2000 zu einem Rückstand von mehr als 135.000 nicht bearbeiteten Asylanträgen geführt hatte. EU-Strategiedokumente haben *Refugee Resettlement* als Alternative zur „falschen Nutzung des Asylwegs“ durch Wirtschaftsmigranten sowie als sicheren Pfad für Flüchtlinge, die illegal in die EU einwandern wollen, präsentiert, ohne dessen humanitären Charakter zu negieren (vgl. CEC 2004, S. 14; CEC 2009, S. 3 ff.). Einige Staaten betrachten Flüchtlingsumsiedlung explizit als sichere und ökonomisch effiziente humanitäre Einwanderungspolitik. So selektiert etwa Dänemark, das seit Jahrzehnten *Refugee Resettlement* auf nationaler Ebene praktiziert, seit 2005 Flüchtlinge nicht nur nach humanitären Kriterien, sondern auch nach deren Integrationspotenzial, das Bildung, Sprachkenntnisse, Familienstruktur, Berufserfahrung und Alter umfasst (vgl. ICMC 2007). Zu dieser Änderung kam es, nachdem die allgemeinen dänischen Einwanderungsgesetze drastisch verschärft worden waren. Europäische NGOs sowie UNHCR sind entschieden gegen innenpolitische Selektionskriterien. Sie befürworten die Selektion von Schutzbedürftigen nach humanitären Kriterien. Zudem wird *Resettlement* als europäischer Beitrag zur Verbesserung der globalen Flüchtlingssituation angesehen. Auf keinen Fall solle dieses Instrument jedoch eine Alternative zur Asylanerkennung in Europa werden (UNHCR 2008, ECRE 2008).



Selektion dominiert die einwanderungs- und flüchtlingspolitische Agenda in Australien und zunehmend auch in Europa. In Australien wurde jahrzehntelang die Selektion von Migranten von zwei Selektionsdynamiken geprägt. Während das allgemeine Einwanderungsprogramm kontinuierlich stark von innenpolitischen Faktoren bestimmt ist, wurde die Etablierung der Flüchtlingspolitik von außenpolitischen und humanitären Aspekten dominiert. Innenpolitische Faktoren sind in jener bedeutender geworden, seit Asyl ein fester Bestandteil der Debatte um Flüchtlingspolitik geworden ist. Die Befürwortung der einwanderungspolitischen Selektion in Europa wurde nicht von dieser Dichotomie zwischen Selektionsdynamik in der allgemeinen Einwanderungs- bzw. in der Flüchtlingspolitik begleitet. Innenpolitik dominiert die Diskussion in beiden Feldern, auch wenn die Debatte um die Gestaltung eines europäischen *Refugee-Resettlement*-Programms ambivalent bleibt. Zudem wird Wirtschaftlichkeit in der allgemeinen Einwanderungspolitik in Australien und in Europa immer relevanter. Auch wenn der Umfang der jeweiligen Migrationsprogramme stark variiert, scheinen nicht nur einwanderungspolitische Selektion, sondern auch die Selektionsdynamiken in Australien und in Europa zu konvergieren. Die Dominanz der Selektionslogik in der Flüchtlingspolitik ist kritisch zu betrachten, wenn sie Asylpolitik außer Acht lässt und somit die grenzüberschreitende Mobilität der Schutzbedürftigen potenziell für regelwidrig erklärt. Zudem verfügen erste Asylländer jenseits der europäischen und australischen Grenzen bislang nicht über die Ressourcen, alle Schutzbedürftigen auf ihrem Territorium zu beherbergen, bis etwaige Anträge auf Übersiedlung überprüft sind. Die nächsten Jahre werden zeigen, inwiefern Australien und Europa in der Lage sind, die Schiefelage einer immer restriktiveren Asylpolitik und einer begrenzten *Resettlement Policy* zu beheben. 

#### Literaturverzeichnis

CEC (2004): Towards more accessible, equitable and managed asylum systems, COM (2003) 315 final, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0315:FIN:EN:PDF>. (abgerufen am 01.12.2009).

CEC (2009): On the Establishment of a Joint EU Resettlement Programme, COM (2009) 456 final, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0456:FIN:EN:PDF>. (abgerufen am 01.12.2009).

CEU (2008): Justice and Home Affairs Council Conclusions, 27-28 November 2008. [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/104584.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/104584.pdf). (abgerufen am 01.12.2009).

DIAC (2009): Annual Report 2008-09.



- ECRE (2008): Concrete Steps Towards a European Resettlement Programme [http://www.ecre.org/resources/Policy\\_papers/1317](http://www.ecre.org/resources/Policy_papers/1317). (abgerufen am 01.12.2009).
- Gibney, Matthew (1999): Kosovo and Beyond: Popular and Unpopular Refugees, in: *Forced Migration Review* 5, S. 28-30.
- Home Office (2005): *Controlling Our Borders – Making Migration Works for Britain. Five Years Strategy for Asylum and Immigration*, London. The Stationery Office. <http://www.archive2.official-documents.co.uk/document/cm64/6472/6472.pdf> (abgerufen am 01.12.2009).
- ICMC (2007): *Welcome to Europe! A Guide to Resettlement*. [/www.icmc.net/pdf/welcome\\_to\\_europe.pdf](http://www.icmc.net/pdf/welcome_to_europe.pdf) (abgerufen am 01.12.2009).
- Markus, Andrew (u. a.) (2009): *Australia's Immigration Revolution*, Crows Nest, Allen and Unwin.
- Neumann, Klaus (2004): *Refuge Australia. Australia's Humanitarian Record*, Sydney, UNSW Press.
- Nicholls, Glenn (1998): *Unsettling Admissions: Asylum Seekers in Australia*, in: *Journal of Refugee Studies* 1, S. 61-79.
- Refugee Council of Australia (RCoA) (2009): *Australia's Refugee and Humanitarian Program, Community views on current challenges and future directions*. [http://www.refugeecouncil.org.au/docs/resources/submissions/2008-09\\_intakesub.pdf](http://www.refugeecouncil.org.au/docs/resources/submissions/2008-09_intakesub.pdf) (abgerufen am 01.12.2009).
- Rudd, Kevin (2009): *Building a big Australia: Future planning needs of our major cities. Address to the Business Council of Australia*. <http://www.pm.gov.au/node/6282> (abgerufen am 01.12.2009).
- Sarkozy, Nicolas (2005): *Une immigration choisie, une intégration réussie*. [http://www.ump.org/site/index.php/ump/s\\_informer/discours/convention\\_de\\_l\\_ump\\_sur\\_l\\_immigration\\_le\\_9\\_juin\\_2005\\_\\_4](http://www.ump.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/convention_de_l_ump_sur_l_immigration_le_9_juin_2005__4) (abgerufen am 01.12.2009).
- Taylor, Savitri (2005): *The Pacific Solution or a Pacific Nightmare? The Difference Between Burden Shifting and Responsibility Sharing*, in: *Asian-Pacific Law and Policy Journal* 1, S.1-43.
- UK Government (2003): *New Visions for Refugees*, London: Cabinet Office.
- UNHCR (2008): *Background Paper from UNHCR: EU Resettlement, European Commission consultation meeting on the EU resettlement scheme*, Brussels, 12.12.2008.
- Viviani, Nancy (1984): *The Long Journey*, Melbourne, Melbourne University Press.